



Haushaltsrede 2024 Stadt GiGu

21.12.2023

„Alle Jahre wieder“ ist nicht nur der Titel eines bekannten Weihnachtsliedes, sondern steht auch für die stets wiederkehrenden Haushaltsberatungen am Ende des Jahres in unserer Stadt.

Aber stimmt das noch?

Mittlerweile zieht sich das Thema Finanzen durch das gesamte Jahr und zur Bewältigung haben wir eigens eine Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung eingerichtet.

Diese Arbeitsgruppe lief in der Anfangsphase etwas schleppend an. In der Zwischenzeit hat sich das Gremium aber „zurechtgeruckelt“ und einen konstruktiven Arbeitsmodus entwickelt. In diesem Jahr haben wir es geschafft, einen „gemeinsamen“ Antrag aus der AG heraus in die Beratungen einzubringen.

Noch nicht der große Wurf, das gebe ich gerne zu, aber ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung zur Konsolidierung.

Dafür an alle Beteiligten erstmal ein Dankeschön.

Das nächste Jahr stellt diese Arbeitsgruppe und uns alle aber vor eine schier unlösbare Aufgabe.

Der Landrat Herr Will und seine Koalition im Kreis planen eine gewaltige Erhöhung der Kreis- und Schulumlage im nächsten Jahr.

Für unsere Stadt würde dies zusätzliche Belastungen von rund 3 Millionen Euro im Jahr bedeuten. Diese Summe wird die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt sowie der Bürgerinnen und Bürger bei weitem übersteigen.

Die in Artikel 28, Abs. II des Grundgesetzes festgeschriebene kommunale Selbstverwaltung wäre damit gefährdet.

Die finanzielle Eigenverantwortung der Kommune wäre nicht mehr gegeben.

Hebesätze jenseits der 1.400 Marke bereits im nächsten Jahr sind mit der finanziellen Selbstverwaltung nicht vereinbar.

Aus diesem Grund wurde ein gemeinsamer Antrag mit der CDU/FDP/Freien Wählern und, man höre und staune, der SPD zur Bereitstellung von Geldern eingebracht, um notfalls gegen die Beschlüsse des Kreistages klagen zu können!

Ich appelliere an dieser Stelle an alle Stadtverordneten diesen Antrag zumindest nicht abzulehnen, um unsere Handlungsoptionen zu erhalten.

Wenn sich der Kreis mit seinen Beschlüssen durchsetzen sollte, sind wir hier vor Ort nicht mehr handlungsfähig, so einfach wird das sein.

Es sei denn irgendjemand käme auf den Gedanken diesen astronomischen Hebesätzen zuzustimmen.

Die Freien Wähler in Ginsheim-Gustavsburg ganz sicher nicht!



Und schon sind wir mittendrin in unserer aktuellen Haushaltsrunde.

Wir haben im aktuellen Haushalt einige wichtige Projekte stehen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zeitnah in Angriff genommen werden müssen.

Dazu zählen unter anderem der Neubau des Feuerwehrhauses in Gustavsburg sowie der Bau einer neuen Kindertagesstätte für die U3-Betreuung im Stadtteil Ginsheim.

Den Antrag der CDU-Fraktion zur Zurückstellung der Gelder haben wir mit Verwunderung zur Kenntnis genommen.

Bei der Integrierung der Verwaltung in das Gebäude der Feuerwehr bitten wir bereits heute bei der Planung einen strengen Maßstab an das Raumkonzept anzulegen.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der drohenden Erhöhung der Kreis- und Schulumlage.

Von großer Bedeutung ist für die Freien Wähler auch die Ortsentlastungsstraße im Stadtteil Ginsheim, ohne dieses Projekt ist für uns keine Zustimmung zum Haushalt möglich.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Einleitung einer Feststellungsklage zur Klärung der rechtlichen Situation des Vertrages zwischen dem Land und der Stadt Ginsheim-Gustavsburg zum Bau dieser Straße.

Vielleicht ist dieses Verfahren aber auch gar nicht erforderlich.

Ich zitiere auszugsweise aus dem neuen Koalitionsvertrag von CDU und SPD in Hessen: „Wir betrachten Ortsumgehungen als sinnvolle Ergänzung des Straßennetzes und zur Entlastung von Ortskernen...“

An diesem Satz werden die Freien Wähler die Landesregierung messen.

Den Neubau der geplanten Sport- und Kulturhalle am TIGZ im Stadtteil Gustavsburg haben die Freien Wähler nach wie vor im Blickfeld.

Vor dem Hintergrund der jüngst vorgelegten Machbarkeitsstudie liegen die Kosten für dieses Projekt jedoch bei mindestens 7 Mio. Euro.

Im Haushalt haben wir bisher nur rund 5 Millionen Euro eingeplant, hier wird eine zeitnahe Realisierung ohne entsprechende Fördermittel sehr schwierig.

Aber nicht nur die Finanzierung stellt uns hier vor erhebliche Probleme, auch die vorhandenen Flächen wurden im Rahmen der Machbarkeitsstudie kritisch betrachtet und sind ebenfalls als nicht ausreichend anzusehen.

Zu diesem Projekt müssen wir uns im nächsten Jahr in der AG Bürgerhaus gemeinsam mit der Verwaltung und dem SKB beraten und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Soweit erstmal zu den Investitionen.

Die Freien Wähler haben aber ebenso an einer Reihe von Anträgen zur Konsolidierung des Ergebnishaushaltes mitgewirkt.

Hier möchte ich mit dem gemeinsamen Antrag von SPD, FDP und Freien Wählern zum kommunalen Kino beginnen.

Hier soll die Verwaltung beauftragt werden, mit dem Verein „Freunde der Burglichtspiele“ Gespräche zu führen, ob und in welchem Umfang dieser Verein sich stärker in die Übernahme von Aufgaben einbringt und die Stadt dadurch entlastet. Sollte dies nicht zum Erfolg führen, sind im Anschluss Gespräche mit potentiellen Betreibern aufzunehmen, um den Betrieb aus der Stadt auszugliedern.

Ziel muss eine dauerhafte Entlastung des städtischen Haushaltes sein.

Dem vorliegenden Antrag zur Musikschule Mainspitze werden die Freien Wähler ebenso zustimmen, wie der geplanten Kürzung für Kulturveranstaltungen in unserer Stadt.

Den Antrag der Fraktion Die Linke zur Verringerung der Beteiligung der Stadt an den Heimatfesten und Weihnachtsmärkten lehnen die Freien Wähler ab.

Diese Feste sind wichtige Ereignisse für die gesamte Bevölkerung in unserer Stadt, die Dachverbände der SKB und SKG verdienen unsere Unterstützung und keine weiteren Belastungen.

An dieser Stelle kritisieren die Freien Wähler die dürftige Mitarbeit der Verantwortlichen im Fachbereich Kulturveranstaltungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.

Bei einem Defizit im Haushalt von über 2,5 Mio. Euro scheinen die Zeichen der Zeit dort noch nicht erkannt worden zu sein.

Von großer Bedeutung ist für die Freien Wähler der Antrag zur Einstellung der finanziellen Mittel zur Wahrung der Interessen unserer Stadt gegenüber dem Kreis.

Wir begrüßen die rechtliche Vertretung durch den hess. Städte und Gemeindebund, ob dies aber auch mittelfristig ausreicht, kann derzeit nicht gesagt werden. Für ein drohendes Gerichtsverfahren und zur erforderlichen Wahrung unserer Interessen müssen wir auf jeden Fall, als Rückfallebene, diese Gelder einstellen, gerne auch mit einem Sperrvermerk. Das Signal an den Kreis muss jedoch klar sein, wir sind vorbereitet.

In den vergangenen Wochen haben sich die Freien Wähler intensiv mit dem Haushalt auseinandergesetzt.

Nach gründlichen Beratungen und Abwägung aller Argumente können wir als Fraktion dem vorliegenden Haushalt mehrheitlich zustimmen.

Als Abschluss möchte ich, uns allen, mit einem kurzen weihnachtlichen Liedtext noch ein wenig Zuversicht und Hoffnung mit auf den Weg geben:

„Morgen Kinder, wird's was geben“

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein frohes Fest.